



BI Pro Natur – Contra Flächenversiegelung informiert

Hauptthema der jüngsten Sitzung der BI Pro Natur – Contra Flächenversiegelung am 10.06.15 war das Thema Wohnflächenbedarf der Stadt Neckarsulm, über das in den vergangenen Wochen mehrfach in verschiedenen Tageszeitungen und Wochenblättern zu lesen war. Die Stadtverwaltung beruft sich in diesen Veröffentlichungen auf das Regierungspräsidium, welches den erhöhten Wohnflächenbedarf anerkannt habe. Diesbezüglich wurde in der BI-Sitzung festgestellt, dass der vom Regierungspräsidium anerkannte erhöhte Wohnflächenbedarf bereits vom Juni 2014 datiert, d. h. weit vor Einreichung des Flächennutzungsplans der Verwaltungsgemeinschaft Neckarsulm-Erlenbach-Untereisesheim im April 2015. Zum diesem Zeitpunkt lagen dem RP weder die über 160 Einsprüche von Neckarsulmer Bürgern, noch die Stellungnahmen von BUND, NABU und Bauernverband vor und konnten deshalb auch nicht berücksichtigt werden. Die Presseartikel suggerieren somit eine brandneue Entwicklung, die so nicht stimmt. Dem Bürger wird vermittelt: Alles schon entschieden! Auch wiederholte Nachfragen bei der Stadt, von der bis heute noch kein Einsprecher eine Bestätigung über den Eingang seines Schreibens erhielt, kamen stets zum gleichen Ergebnis: Zum laufenden Verfahren können leider keine näheren Angaben gemacht werden, Einsprüche, die den Naturschutz betreffen, werden später in einer gesonderten Untersuchung zum Umweltbericht berücksichtigt, es ist noch nichts entschieden. Für die BI-Mitglieder ergibt sich die Frage, ob hier versucht wird, mit Hilfe entsprechender Pressemitteilungen eine verzerrte Darstellung zu verbreiten, was auch eine Form, der öffentlichen Meinungsbildung und Schaffung von Tatsachen wäre.